



Sabine Dittmar
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin aktuell

Berlin, 05.02.2014

Sabine Dittmar, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-71810
Fax: +49 30 227-76811
sabine.dittmar@bundestag.de
www.sabine-dittmar.com

Spargasse 10
97688 Bad Kissingen
Telefon: +49 971-6994949
Fax: +49 971-6994950
kontakt@sabine-dittmar.com

TOP-THEMA	Seite 2
SOZIALE	Seite 3
WIRTSCHAFT	Seite 4
GESUNDHEIT	Seite 5
RECHT	Seite 6
FAMILIE	Seite 7
VERKEHR	Seite 8
LANDWIRTSCHAFT	Seite 9
AUSSENPOLITIK	Seite 9

Liebe Leserinnen und Leser,

die zurückliegende Sitzungswoche war nicht nur eine arbeits-, sondern in erster Linie erfolg- und ereignisreiche Woche für mich. Zum einen wurde ich zur stellvertretenden gesundheitspolitischen Sprecherin unserer Fraktion gewählt, zum anderen wählten mich die Kolleginnen und Kollegen in den erweiterten Fraktionsvorstand. Für diese beiden Vertrauensbeweise danke ich meinen Fraktionskolleginnen und Kollegen sehr, ich werde mich den beiden Aufgaben mit Freude und Engagement widmen!

In der letzten Sitzungswoche wurde im Plenum die Generaldebatte über die Hauptvorhaben der Großen Koalition geführt. Als wichtigste Beispiele seien hier die Debatten zur Rentenreform und zur Energiewende genannt. Aber nicht nur darüber wurde debattiert, sondern selbstverständlich auch über Gesundheitspolitik. Und so kam es, dass ich bereits letzten Donnerstag meine Jungfernrede im Deutschen Bundestag halten durfte. Einer der Schwerpunkte meiner Rede war die hausarztzentrierte Versorgung im ländlichen Raum. Lesen Sie zur Gesundheitspolitik ausführlich auf den Seiten 5 und 6.

Nun darf ich Ihnen wieder eine informative Lektüre wünschen

Ihre

Sabine Dittmar



TOP-THEMA

Deutschland Stück für Stück ein bisschen besser machen

Der neue SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann machte in der Generaldebatte nach Angela Merkels Regierungserklärung deutlich, was die Menschen von der Großen Koalition in den nächsten vier Jahren erwarten können: „Wir machen Deutschland Stück für Stück ein bisschen gerechter und besser“.

„Diese Regierungsbildung war die erste, die vom Ausgang eines Mitgliederentscheids abhängig war. Diese Herausforderung haben wir souverän gemeistert“, sagte Thomas Oppermann zu Beginn seiner Rede. Es gelte nun, den Koalitionsvertrag Punkt für Punkt zu realisieren. Vor der Presse hatte Oppermann bereits festgestellt: „Der Koalitionsvertrag ist eine Errungenschaft, die wir verteidigen. Wir werden keinen Streit über die Auslegung anfangen, sondern gemeinsam mit der Regierung die Umsetzung vorantreiben.“

Eine Einigung auf die Große Koalition sei auch deshalb zustande gekommen, so Oppermann vor dem Parlament, dass es in Deutschland einen Grundkonsens gebe zur sozialen Marktwirtschaft.

Zuvor hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in ihrer Regierungserklärung gesagt, der Kompass des Regierungshandelns sei die soziale Marktwirtschaft: „Der Mensch im Mittelpunkt unseres Handelns.“ Quellen eines guten Lebens seien Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Stärke, Gerechtigkeit.

Oppermann führte aus, dass der Staat in der sozialen Marktwirtschaft Rahmenbedingungen dafür setze, dass Unternehmen Gewinne machen können, aber er achte auch darauf, dass Arbeitnehmerrechte geschützt werden. „Das eine darf nicht auf Kosten des anderen gehen“, sagt er. Und darum: „Der Mindestlohn gibt Arbeit Wert und Würde. Er beseitigt Lohndumping“. Die SPD hatte den Mindestlohn in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt.

Rentenreform ist eine Frage des Respekts

Auch die Rentenreform, eines der ersten Vorhaben der Großen Koalition, stehe für Gerechtigkeit und Würde. Oppermann: „Auch im Alter muss es einen Anspruch auf ein sicheres Auskommen geben!“ Oppermann machte deutlich, dass Generationengerechtigkeit „in beide Richtungen“ gehe. Die junge Generation werde im Blick gehalten: „Für sie kommt es darauf an, was wir bildungs- und wirtschaftspolitisch tun.“ Insofern sei auch die Investition in Bildung und Forschung ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit.

Die Koalition hat sich vorgenommen, zügig die Energiewende voranzubringen. Strom muss erschwinglich bleiben; auch das steht unter dem Credo des Koalitionsvertrages – die Zukunft gestalten. Oppermann bekräftigt, dass „ein funktionierendes Energiesystem das Herz-Kreislauf-System einer Wirtschaft“ sei, mahnt aber auch: „Energie muss für die Menschen bezahlbar sein.“ Energiepolitik müsse im Interesse des Allgemeinwohls gemacht werden.



SOZIALES

Das Rentenpaket bedeutet Gerechtigkeit und Respekt

Am letzten Mittwoch hat das Kabinett den Weg für das Rentenpaket von Bundesarbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) freigemacht. Mit diesem umfangreichen Gesetzesvorhaben beginnt die Große Koalition, die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßte den Kabinettsbeschluss zum Rentenpaket.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann stellte klar, dass es mit dem Rentenpaket darum gehe, Leistungen von Menschen anzuerkennen. Es würden keine Geschenke verteilt. „Deshalb geht es hier um Gerechtigkeit und Respekt“, erklärte Oppermann. Man sollte dabei nicht die Generationen gegeneinander ausspielen. Die SPD-Fraktion habe auch die Zukunftschancen der jungen Generation fest im Blick. Über die entschieden nicht die aktuelle Rentenpolitik, sondern die Investitionen, die in Bildung, Forschung, Infrastruktur und Wirtschaft getätigt und mit denen die Grundlage für künftige Einkommen und die künftige Rentenfinanzierung geschaffen würden.

Das Rentenpaket beinhaltet

- die abschlagsfreie Rente für Menschen, die mindestens 45 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt haben,
- die verbesserte Anerkennung von Erziehungszeiten für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden (sog. Mütterrente),
- höhere Renten bei Erwerbsminderung und
- eine Anpassung der Leistungen für Rehabilitationsmaßnahmen an die demographische Entwicklung.

Damit schließt das Rentenpaket Gerechtigkeitslücken. Dies kommt direkt bei den Menschen an. Deshalb stimmen nach einer Erhebung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auch 78 Prozent der Bevölkerung der abschlagsfreien ab 63 Jahren zu, 83 Prozent befürworten die Mütterrente, und 77 Prozent bejahen, dass Menschen, die aus Krankheitsgründen früher in Rente gehen müssen, bei der Erwerbsminderungsrente besser gestellt werden.

Die schnelle Umsetzung des Rentenpaketes sei auch ein Zeichen für die Verlässlichkeit dieser Regierung, sagte SPD-Fraktionsvizein Carola Reimann: „Wir setzen das um, was wir uns vorgenommen haben.“

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bietet auf www.rentenpaket.de umfangreiche Informationen zum Rentenpaket an.



WIRTSCHAFTSPOLITIK

Energiewende: Kostendynamik durchbrechen

Deutschland steht vor einer gigantischen Herausforderung: die Energiewende weiter auf Erfolgskurs halten und zugleich die Kostenexplosion bei den Strompreisen eindämmen. Die Große Koalition hat die Energiewende und die damit einhergehende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zu einem der ersten und wichtigsten Themen auf ihrer Agenda erklärt.

Am letzten Donnerstagmorgen hat Bundeswirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel (SPD) seine Pläne zur Energiewende und die Grundzüge seiner Wirtschaftspolitik vorgestellt.

Im Zentrum dieser Politik stehe die soziale Marktwirtschaft, die ein „Erfolgsmodell für Deutschland und Europa sei“, so Gabriel. Denn: „Wirtschaftspolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik“. Zweifelsohne sei die Lage in Deutschland momentan recht gut – aber die Investitionsquote sei viel zu gering, mahnte der Minister. „Darum ist es gut, dass wir in die Infrastruktur, vor allem in die digitale Infrastruktur investieren.“ Der Koalitionsvertrag beinhalte hier sehr gute Vorschläge, die nun umgesetzt würden. Das bedeute letztlich auch ein Mehr an Freiheit, an Demokratie.

Die private Investitionsquote müsse steigen, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bräuchten eine höhere Investitionssicherheit. Darum wolle er sich kümmern. Heutzutage bestimmten Rohstoffe und Energiekosten viel stärker die Industrieentscheidungen als früher. Die Sicherung der Stromversorgung sei eine der wichtigsten Aufgaben moderner Wirtschaftspolitik. Würden in diesem Zusammenhang die Kosten nicht verändert, könne das zur „Deindustrialisierung“ der Bundesrepublik führen. Eine wirksame Kostenbremse im Energiesektor sei unabdingbar.

Ausnahmen bei Energieumlage weiter zulassen

Dazu gehöre auch, energieintensiven Unternehmen weiterhin Ausnahmen von der Energieumlage zu gewähren. Da die EU gegen diese Regelung Einspruch erhoben hat, kündigte Gabriel konstruktive Gespräche mit der EU-Kommission an. Auch den Bundesländern gegenüber machte Gabriel deutlich, dass er deren Bedenken aufnehmen will – „eine Energiewende zum Nulltarif“ gebe es jedoch nicht.

Gabriel will neben Photovoltaik auch für Windkraftanlagen an Land (Onshore) einen so genannten atmenden Deckel einführen. Das bedeutet, wenn mehr neue Windräder als im Rahmen des Ausbaukorridors vorgesehen aufgestellt werden, sinkt automatisch die Einspeisevergütung für weitere Anlagen. Zudem soll die Vergütung im windstarken Norden sinken. Er kündigte an, über diese Punkte nun Gespräche mit den Bundesländern zu führen. Gabriel: „Wir fahren Onshore nicht vor die Wand!“ Das Gesetz soll noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet werden.

Reformen von heute = Sicherheit von morgen

Hubertus Heil, SPD-Fraktionsvizechef, sagte, dass die Reformen von heute die Sicherheit von morgen bedeuten. Die Große Koalition wolle in den nächsten vier Jahren für eine „neue Ordnung am Arbeitsmarkt“ sorgen, dazu gehöre der Mindestlohn, die Eindämmung von Leiharbeit und Lohn-dumping. Außerdem solle die Binnennachfrage gestärkt werden. Zum EEG stellte Heil klar, dass es zunächst ein Markteinführungsinstrument gewesen sei, dass es aber nun um die „Marktdurchdringung“ gehe – also müsse es angepasst werden. Durch die Reformierung könnten die Kosten im Griff gehalten werden, so Heil vor dem Plenum. In Richtung der Kritiker sagte er: „Wer erneuerbare Energien will, darf nicht zum Anwalt von Einzelinteressen werden“. Er lud alle Beteiligten zu einem offenen Dialog ein.



GESUNDHEITSPOLITIK

Mehr für die Pflege und die Qualität der medizinischen Versorgung tun

Die Gesundheitspolitik der Großen Koalition stellt die Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt, das machten ihre Rednerinnen und Redner in der Bundestagsdebatte am Donnerstag deutlich.

„Die Qualität unseres Gesundheitssystems, die dazu führt, menschliches Leid zu vermeiden, entscheidet über die Qualität unseres Sozialstaats“, sagte SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach. Die Politik müsse die Qualität ausbauen und das System bezahlbar halten. Er machte zudem deutlich, dass es ein Erfolg der SPD-Fraktion sei, dass die so genannte kleine Kopfpauschale in der GKV abgeschafft werde. Sie sei eine „Bedrohung für die Solidarität“. Denn danach musste jeder gesetzlich Versicherte, egal, ob er gut verdient oder nur geringe Einkünfte hat, den gleichen Betrag an die Kasse zahlen. Künftig können die Krankenkassen ihre Beitragssätze wieder selbst bestimmen. Der paritätische Beitragssatz liegt bei 14,6 Prozent. Sollte das nicht reichen, haben die Kassen die Möglichkeit, diesen zu erhöhen, und zwar prozentual und damit einkommensabhängig. Außerdem wird es einen Einkommensausgleich zwischen den Krankenkassen auch bei den Zusatzbeiträgen geben.

5 Milliarden Euro für eine bessere Pflege

Lauterbach hob außerdem hervor, dass die von der Koalition geplante Anhebung des Beitragssatzes in der Pflegeversicherung um insgesamt 0,5 Prozent, was 5 Milliarden Euro entspricht, „die größte Erweiterung des Sozialsystems“ bedeutet. Diese Anhebung soll laut Koalitionsvertrag in zwei Schritten erfolgen: Zunächst werden die Beiträge im kommenden Jahr um 0,3 Prozent angehoben, und später erfolgt eine weitere Anhebung um 0,2 Prozent. Davon werden 2 Milliarden für bessere Leistungen für Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und das Pflegepersonal finanziert. Um künftige Beitragserhöhungen abzumildern, soll 1 Milliarde in einen Pflegevorsorgefonds fließen, und weitere 2 Milliarden werden für die Umsetzung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs zur Verfügung stehen.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Hilde Mattheis, begrüßte, dass die Koalition sich darauf verständigt habe, den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff „schnellstmöglich“ in dieser Legislaturperiode einzuführen. Sie verwies darauf, dass der Koalitionsvertrag klare Projekte, Ziele und Zeiträume für die Gesundheitspolitik der Großen Koalition definiere.

Unterstützung bei Facharztterminen

Ich selbst stellte in meiner ersten Parlamentsrede heraus, dass es wichtig ist, gerade mit Blick auf den ländlichen Raum die hausarztzentrierte Versorgung zu stärken. Gut für die Patientinnen und Patienten ist auch die geplante Aufnahme von Rückenleiden und depressiven Erkrankungen in die strukturierten Behandlungsprogramme. Zudem sollen künftig Terminservicestellen, die bei den Kassenärztlichen Vereinigungen angesiedelt werden sollen, die gesetzlich Versicherten dabei unterstützen, innerhalb von vier Wochen einen Facharzttermin zu bekommen.

Die Schwerpunkte der Gesundheitspolitik in der 18. Wahlperiode:

- die Sicherung der Fachkräfte in den Pflegeberufen und auch die Reform der ärztlichen Ausbildung,
- die Aufrechterhaltung einer guten medizinischen Versorgung, als Teil der Daseinsvorsorge, unabhängig vom Wohnort und dem Geldbeutel der Patientinnen und Patienten. Dies ist eine Herausforderung vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des Rückgangs der Bevölkerung in ländlichen Gebieten. Dazu soll vor allem auch die Stärkung der hausärztlichen Versorgung beitragen und die Attraktivitätssteigerung der Ausbildung zum Allgemeinarzt bei jungen Medizinern.
- eine Qualitätsoffensive in den Arztpraxen und den Krankenhäusern. Hierzu soll ein neues Qualitätsinstitut Empfehlungen an den Gemeinsamen Bundesausschuss geben - dem obersten



ten Beschlussgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung der Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten, Krankenhäuser und Krankenkassen in Deutschland. Zudem sollen die Qualitätsberichte der Krankenhäuser verständlicher und transparenter werden. Ein Innovationsfonds in Höhe von 300 Millionen Euro soll neue, sektorübergreifende Versorgungsformen fördern und auch für die Versorgungsforschung bereit stehen.

- die Sicherung der Krankenhausfinanzierung. Hier sollen vor allem die Ausgaben für das Pflegepersonal stärkere Berücksichtigung finden.
- ein Präventionsgesetz soll das gesundheitsbewusste Verhalten der Menschen voranbringen und vorhandene Angebote besser miteinander verzahnen.

RECHT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Koalition packt Mietpreisbremse an

Justiz- und Verbraucherminister Heiko Maas will bereits im März einen Gesetzentwurf für eine Mietpreisbremse vorlegen. Er stellt seinen Fahrplan im Bundestag vor.

„Dass Justiz und Verbraucherschutz in einer Hand sind, ist eine gute Nachricht für Stromkunden, Internetnutzer, für Käufer und Kleinanleger“, sagte der Bundesjustiz- und-verbraucherminister Heiko Maas (SPD) in seiner ersten Regierungserklärung im Deutschen Bundestag. Für den Verbraucherschutz in Recht und Wirtschaft gelte: „Die Zeit der Appelle ist vorbei.“

Maas benannte als eines der dringenden Projekte, den Verbraucherschutz auf dem Grauen Kapitalmarkt zu stärken. Das Beispiel des von Insolvenz bedrohten Unternehmens Prokon zeige, dass erheblicher Handlungsbedarf bestehe. „Risiken müssen offen gelegt werden, damit Anleger abwägen können, ob sie die Risiken eingehen wollen“, befand Maas. Er kündigte an, gemeinsam mit dem Bundesfinanzminister Vorschläge vorzulegen, wie die Irreführung von Anlegerinnen und Anlegern verhindert werden kann. Dazu soll auch die Zuständigkeit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) erweitert werden. Sie solle sich um den kollektiven Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern kümmern, bekräftigte der Minister.

Gesetzentwurf zur Mietpreisbremse kommt im März

Als wichtiges Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag nannte Maas die Einführung einer Mietpreisbremse, um dagegen vorzugehen, dass bei Wiedervermietungen die Preise in Großstädten um 20 Prozent und bis zu über 40 Prozent ansteigen. Einen Gesetzentwurf dazu will er bereits im März vorlegen. Auch in Großstädten müsse das Wohnen bezahlbar bleiben, sagte Maas: „Unsere Städte leben von der Vielfalt in den Wohnquartieren und nicht von der Separierung nach Einkommensgruppen.“ Die Bundesländer sollen künftig Gebiete benennen, in denen bei Wiedervermietung die Mietpreissteigerung maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. Die Einführung des Bestellerprinzips, nach dem Makler künftig bezahlt werden sollen (wer bestellt, der bezahlt), bezeichnete er als überfällig, dies werde im zweiten Teil des Gesetzentwurfs geregelt.



FAMILIENPOLITIK

Schwesig verspricht Gesellschaftspolitik für vielfältige Lebensentwürfe

Die neue Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) hat eine "moderne Gesellschaftspolitik des 21. Jahrhunderts" angekündigt. Am Donnerstagabend erläuterte sie im Bundestag ihre Pläne für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen.

Schwesig betonte, sie werde eine Gesellschaftspolitik umsetzen, "die die Vielfalt der Lebensentwürfe der Menschen in unserem Land, die Vielfalt in der Herkunft und Kulturen als Chance begreift und nicht als Bedrohung. Und die vor allem dafür sorgt, dass die Generationen zusammenhalten." Politik müsse "Familien so annehmen, wie sie sind" und Menschen unterstützen, die füreinander Verantwortung übernehmen. Alleinerziehende bräuchten Unterstützung genau wie Regenbogenfamilien und Patchworkfamilien.

Für ihre Vorhaben skizzierte die Ministerin sechs Schwerpunkte:

- Eine Familienpolitik, die annimmt, dass Familien heute bunt sind und Familien bestmöglich unterstützt.
- Eine starke Gleichstellungspolitik, die das, was das Grundgesetz längst verankert hat, Lebenswirklichkeit werden lässt.
- Eine Kinderpolitik, die Kindern die besten Chancen gibt. Die sie schützt, individuell fördert und beteiligt.
- Eine eigenständige Jugendpolitik, die nicht auf die Defizite von Jugendlichen schaut, sondern sieht, dass Jugendliche Ansprüche auf Freiräume haben und das Recht auf Partizipation in den Mittelpunkt rückt.
- Eine Seniorenpolitik, die Senioren nicht nur über die Frage von Rente und Pflege definiert, sondern auch sieht, "dass wir die Lebenskenntnisse von älteren Menschen brauchen, zum Beispiel beim erfolgreichen bürgerschaftlichen Engagement".
- Demokratie und Toleranz stärken, da es Basis ist für unser Zusammenleben.

Geld für Kita-Ausbau und Bildung

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Carola Reimann freute sich: "In die Familien- und Gleichstellungspolitik kommt neuer Schwung." Für Bildung und Kita-Ausbau seien im Koalitionsvertrag 6 Milliarden Euro vereinbart. Zudem würde endlich eine wirkungsvolle Gleichstellungspolitik angepackt. Eine moderne Geschlechterpolitik solle auch Männern ermöglichen, neue Rollen zu leben, so Reimann. Die SPD-Abgeordnete unterstrich in ihrer Rede das Vorhaben, die Vorstands- und Chefetagen für Frauen über gesetzliche Maßnahmen zu öffnen. Unternehmen hätten die Chance vertan, mit Gleichstellung ernst zu machen. "Der Gesetzgeber muss jetzt handeln", so Reimann.

Für mehr Gleichberechtigung Sorge auch der gesetzliche Mindestlohn, von dem vor allem Frauen profitieren werden, die in Niedriglohnbranchen überrepräsentiert sind.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich in dieser Legislatur stark mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie beschäftigen. 60 Prozent der Eltern kleiner Kinder wünschten sich eine partnerschaftliche Teilung. "Hier klafft eine gewaltige Lücke zwischen gewünschter und gelebter Familienrealität", mahnte Reimann. Diese Belastungen könne Familien destabilisieren. "Zeit für Familie ist die nächste große Baustelle in der Familienpolitik", kündigte die SPD-Politikerin an.



VERKEHRSPOLITIK

Für eine moderne Infrastruktur im Verkehr und in der digitalen Welt

SPD-Fraktionsvize Sören Bartol nannte das Arbeitsprogramm des Koalitionsvertrages in der Debatte um die Verkehrspolitik das beste Konzept, Mobilität und digitale Infrastruktur in einem Ministerium zusammenzuführen. Er warb für eine faire und offene Zusammenarbeit über die Fraktionsgrenzen hinweg. „Mobilität und Internet prägen das Leben vieler Menschen: Pendler nutzen die Bahn auf dem Weg zum Arbeitsplatz, und arbeiten können sie nicht ohne eine schnelle Internetverbindung“, sagte Bartol.

Für die wirtschaftliche Entwicklung seien die Verkehrs- und die digitale Infrastruktur von elementarer Bedeutung, und vieles werde getan. Dennoch ärgerten sich die Menschen über die Verspätungen der Bahn, die Staus auf den Straßen, den Verkehrslärm und langsame Internetverbindungen. „Der Koalitionsvertrag ist ein gutes Arbeitsprogramm, um die Mobilität und den Zugang zum Internet zu verbessern“, stellte Bartol fest. Künftig könnten sich die vielen Pendler darauf verlassen, dass die Bahn wieder besser gesteuert werde. „Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit müssen wieder zum Markenzeichen der Bahn werden.“

Ausgedehnte LKW-Maut sorgt für mehr Investitionsmittel für den Verkehr

Durch eine netzorientierte und verkehrsträgerübergreifende und transparente Bundesverkehrswegeplanung mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger will die Koalition ein „nationales Prioritätenkonzept“ entwickeln. Darin sollen die Vorhaben definiert werden, die besonders schnell umzusetzen sind. 80 Prozent der Mittel sollten in diese Projekte fließen, bekräftigte Bartol. Insgesamt wollen Union und SPD 5 Milliarden Euro mehr in die Verkehrsinfrastruktur investieren. Davon würden auch die Autofahrerinnen und Autofahrer profitieren, wenn mehr Geld in die Reparatur maroder Straßen und Brücken fließen könnte. Die Koalition sei sich einig, dass dabei der Erhalt der Verkehrsinfrastruktur vor Neubauprojekten Vorrang habe. Deshalb sei es auch eine gute Entscheidung, die LKW-Maut auf die Bundesstraßen auszudehnen, erklärte Bartol. Damit werden Nutzer von Straßen und Brücken zur Kasse gebeten, die 60.000 Mal mehr die Infrastruktur schädigten als jeder PKW. Die Einnahmen aus diesen Nutzungsgebühren sollen in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden.

Verkehrslärm reduzieren

Viele Bürgerinnen und Bürger leiden in Deutschland unter Verkehrslärm, hier will die Koalition die Situation deutlich verbessern. Zum einen soll nun die Gesamtverkehrslärmbelastung von Straße und Schiene entlang der Verkehrsadern zusammen betrachtet werden. Sören Bartol wies darauf hin, dass bis 2020 der Schienenlärm halbiert werde und bis 2016 die Hälfte der Güterwagen mit lärm-mindernden Bremsen ausgerüstet sein solle. Wenn dies nicht gelinge, würden Nachtfahrverbote geprüft. Auch die Grenzwerte für den Fluglärm will die Koalition überprüfen.

Bis 2018 flächendeckende Breitbandversorgung sicherstellen

Der medienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Martin Dörmann, machte deutlich, dass alle Menschen in Deutschland die Chancen des Internets nutzen sollten: „Wir dürfen die digitale Spaltung nicht zulassen.“ Deshalb habe sich die Koalition darauf geeinigt, bis 2018 in Deutschland eine flächendeckende Grundversorgung mit mindestens 50 Mbit/s zu gewährleisten. Dazu sollen z. B. vorhandene Programme bei der KfW Bankengruppe um ein neues Sonderfinanzierungsprogramm „Premiumförderung Netzausbau“ ergänzt werden. Zudem soll ein Breitband-Bürgerfonds für den Ausbau der Netze eingerichtet werden, in den Privatpersonen investieren können.



LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG

Landwirtschaft und ländliche Räume voranbringen

In der Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik der Großen Koalition in den kommenden vier Jahren wird es vor allem um die Stärkung der ländlichen Räume gehen, aber auch um Veränderungen in der Landwirtschaft, die vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern am Herzen liegen.

SPD-Fraktionsvizein Ute Vogt hob als positiv hervor, dass der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD die tiergerechte Haltung und das Tierwohl als Aufgabe festgeschrieben hat: „Das Ziel ist, dass sich die Tierhaltung an die Bedürfnisse der Tiere anpassen muss“. Dazu soll es eine nationale Tierwohlinitiative geben. Dadurch sollen die Sachkunde der Tierhalter gefördert werden und Prüf- und Zulassungsverfahren für Tierhaltungssysteme entwickelt werden. Es sei wichtig, dass sich die Tierhaltung an den Flächen orientiert. Ebenso machte Vogt deutlich, dass die Mehrheit der Bevölkerung Gentechnik in der Landwirtschaft ablehne; diese Vorbehalte seien nun auch im Koalitionsvertrag verankert.

Vertrauen der Verbraucher zurückgewinnen

Daran knüpfte auch die stellv. ernährungs- und landwirtschaftspolitische Sprecherin, Elvira Dobrinski-Weiß, an. Sie verwies darauf, dass Union und SPD vereinbart haben, eine Kennzeichnungspflicht von Tierprodukten einzuführen, die mit genveränderten Pflanzen gefüttert wurden. So hätten die Verbraucherinnen und Verbraucher Wahlfreiheit.

Dobrinski-Weiß betonte auch, dass es eine große Herausforderung sei, das verlorene Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher angesichts der Gammelfleischskandale, Dioxin in Eiern und Täuschungen bei Lebensmittelverpackungen wieder zurückzugewinnen. Deshalb sei es gut, dass der Koalitionsvertrag eine Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und die rechtssichere Veröffentlichung von Verstößen in der Lebensmittelproduktion vorsieht.

AUSSENPOLITIK

Steinmeier plädiert für aktive Außenpolitik

Der neue Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hat am letzten Mittwoch im Bundestag deutlich gemacht, dass die Regierung die Kultur der militärischen Zurückhaltung nicht aufgeben werde. Sie werde sich jedoch ihrer Verantwortung bei der Lösung internationaler Konflikte stellen.

Der Außenminister und ehemalige Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion warnte davor, die militärische Zurückhaltung Deutschlands als "Kultur des Heraushaltens" miss zu verstehen. Dazu sei Europa inzwischen zu groß und zu wichtig. Europa habe sich zuletzt auf sich selbst konzentriert, mahnte Steinmeier an: "Bei dem Ringen mit der Krise ist aus dem Blick geraten, was jenseits des europäischen Tellerrands liegt und sich tut." Zuspitzungen in Krisenregionen seien unterschätzt worden.

Außenpolitik hält viele Aufgaben bereit

Da Deutschland das bevölkerungsreichste und wirtschaftsstärkste Land in der Europäischen Union sei, müsse es eine starke Rolle in der Außenpolitik wahrnehmen, so Steinmeier: "Wenn ein solches Land sich heraushält bei dem Versuch, internationale Konflikte zu lösen, dann werden sie nicht gelöst." Mit Blick auf die Millionen Menschen, die Opfer von Bürgerkriegen und zur Flucht gezwungen seien, finde er es zynisch, über die Bedeutungslosigkeit von Außenpolitik zu lesen. "Sie hält so viele Aufgaben bereit", so Steinmeier. Der Minister plädierte für eine aktive Außenpolitik. Verantwortung bei der Außenpolitik bedeute, auch zur Verfügung zu stehen und einen Beitrag zu leisten.



Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte zuvor in ihrer Regierungserklärung gesagt: "Immer gilt: Kein Konflikt kann alleine militärisch gelöst werden." Diese Haltung sei für die Bundesregierung maßgeblich.

Hoffnungsschimmer in der Ukraine

Die Angebote der ukrainischen Regierung an die Opposition sind nach Angaben von Steinmeier nicht belastbar: "Das war ein Einstieg in politische Gespräche, ... aber das ist noch nicht die Lösung." Er sagte, man könne noch nicht abschätzen, ob in der Ukraine von Seiten des Präsidenten nicht nur auf Zeit gespielt würde. Er sehe jedoch einen "Hoffnungsschimmer" für friedliche Lösungen. Er bedankte sich außerdem bei der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton für ihr Vermittlungsgeschick. Sie ist am Dienstagabend in die Ukraine gereist, um dort Gespräche zu führen.